



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #29

Abschlussbericht der letzten Plenarwoche: EU-Reformen und Geldwäschebekämpfung

Sehr geehrter Leser*innen unseres Money Matters Briefings,

gerne würden wir Ihnen eine Zusammenfassung der wichtigen legislativen Prozesse präsentieren, die während der letzten Plenarsitzung abgestimmt worden sind.

Inhalt:

1. **Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts:** Trotz intensiver Diskussionen wurde eine Reform verabschiedet, die von vielen als verpasste Chance angesehen wird, da sie den Mitgliedstaaten wenig Spielraum für notwendige Investitionen in Klimaschutz und Infrastruktur lässt.
2. **Gesetzespaket gegen Geldwäsche:** Ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Geldwäsche wurde angenommen, welches strengere Regulierungen für Luxusgüterhändler, Fußballvereine und Kryptowährungen einführt und eine neue EU-Behörde zur Geldwäschebekämpfung etabliert.
3. **Nachtragshaushalt im Mehrjährigen Finanzrahmen:** Der Berichtigungshaushalt wurde

MM #29 | Abschlussbericht der letzten Plenarwoche: EU-Reformen und Geldwäscherklärung
02.05.2024, 16:10
genehmigt, um die Mittel für die Ukraine-Fazilität und andere dringende Bedürfnisse zu erhöhen, was die fortgesetzte Unterstützung der EU für aktuelle geopolitische Herausforderungen unterstreicht.

Unser Podcast "**Money Matters - zukunftsfähige Finanzpolitik**" geht in die 2. Staffel.
Jetzt auf [Spotify](#), [Apple Podcast](#), [Youtube](#) und überall wo es Podcasts gibt.

Stabilitäts- und Wachstumspakts

Am Dienstag, den 23. April, rund ein Jahr nach dem Kommissionsvorschlag, haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments über die Reform der Fiskalregeln der EU abgestimmt, genauer gesagt über den finalen Text aus den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten. Die Grünen/EFA-Fraktion fordert mehr Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz, Energiewende und Infrastruktur und hat gegen die Einigung gestimmt. Leider ist die Reform der Fiskalregeln und des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine verpasste Chance für Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz, Energiewende und Infrastruktur.

Die neuen Haushaltsregeln legen den Mitgliedstaaten ein zu eng geschnürtes Korsett an. Die Regierungen werden nicht genug fiskalischen Spielraum haben, um die dringend benötigten Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Klima zu tätigen. Die Chance zu einer wirksamen und zukunftsgerechten Reform der Fiskalregeln wurde krachend verpasst. Besonders enttäuscht sind wir von den Kolleginnen und Kollegen der SPD, die diese zukunftsfeindliche Reform unterstützt haben. Die Lehren aus den vergangenen Krisen wurden ignoriert.

Der vereinbarte Text führt neue willkürliche und komplexe Regeln ein, die die Mitgliedstaaten dazu zwingen, ihre Schulden und Defizite rasch abzubauen, was zu erheblichen Haushaltskürzungen führt. Es räumt der Schulden- und Defizitreduzierung effektiv Vorrang vor den vier politischen Prioritäten der EU ein, die im Text offiziell dargelegt sind, z. B. Green Deal, die europäische Säule sozialer Rechte, der digitale Wandel und Verteidigung. Nach Jahren der Polykrise könnte dies eine Rückkehr zur Sparpolitik bedeuten. Gleichzeitig wird es die meisten Mitgliedstaaten daran hindern, notwendige Investitionen zu tätigen, insbesondere die Finanzierung eines sozial gerechten Übergangs zur Klimaneutralität.

Unter den engen Beschränkungen des Rahmenwerks besteht die einzige Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, den massiven Ausgabenbedarf des grünen Wandels zu decken, darin, an anderer Stelle Kürzungen vorzunehmen, vor allem bei den Sozialausgaben. Regierungen zu zwingen, zwischen sozialen und grünen Ausgaben zu wählen, ist ein Rezept für eine Katastrophe. Wenn die Schwächsten die Kosten des Übergangs tragen, wird dies eher zu sozialen Unruhen führen als zu einer erfolgreichen Neuorganisation unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch wenn die neuen Regeln anpassungsfähiger zu sein scheinen als der alte Rahmen, muss man bedenken, dass der bisherige Rechtsrahmen nie ordnungsgemäß angewendet wurde, nicht einmal vor der Pandemie. Er wurde durch ein Labyrinth von Regeln und Verfahren, wie zum Beispiel das sogenannte „Vade Mecum“, neu interpretiert. In diesem Sinne ist es fraglich, ob der neue Rahmen angesichts der horizontal geltenden Schutzmaßnahmen, die den länderspezifischen Elementen der Regeln entgegenwirken, flexibler sein wird. Auch die politischen Kosten eines systematischen Verstoßes gegen die Regeln werden nun höher sein, da diese neu beschlossen wurden. Es ist auch zu beachten, dass die genaue Wirkung der Regeln davon abhängt, wie die Methodik zur Bewertung der Schuldentragfähigkeit angepasst wird und welche Annahmen bei der Prognose von

MM #29 | Abschlussbericht der letzten Plenarwoche: EU-Reformen und Geldwäschebekämpfung
(potenziellem) Wachstum, Inflation, Zinssätzen und Arbeitslosigkeit verwendet werden. Kleine Änderungen daran haben massive Auswirkungen auf das Ergebnis.

Deshalb haben wir den aus den Verhandlungen hervorgegangenen Text abgelehnt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wirkt sich auf alle öffentlichen Ausgaben aus. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dies richtig zu machen, wenn wir den Übergang finanzieren und die damit verbundenen sozialen Kosten abfedern wollen. Wir unterstützen die Schuldentragfähigkeit, da wir nicht wollen, dass das Wachstum der Staatsverschuldung außer Kontrolle gerät. Gleichzeitig sind wir nicht dafür, den Schuldenabbau per se zu einer vorrangigen Priorität zu machen. Die Schulden der Eurozone sind niedriger als die der USA, und die Kosten für den Schuldendienst sind seit den 1990er Jahren erheblich gesunken. Aber die Verschuldung wird nur dann nachhaltig sein, wenn wir die Investitionen in den Übergang zu einer Netto-Null-Wirtschaft priorisieren, da sonst die Wirtschaft und die Steuereinnahmen zusammenbrechen.

Tatsächlich zeigen Studien, die die Gruppe in Auftrag gegeben hat, dass, wenn die Mitgliedstaaten jetzt keine ehrgeizigen Ausgaben für Klimaanpassungsmaßnahmen tätigen, ihre Schuldenquote im Verhältnis zum BIP kurzfristig möglicherweise nicht steigt, sich ihre Schuldendynamik jedoch mittelfristig erheblich verschärfen wird. Dies ist hauptsächlich auf Einnahmeverluste aufgrund von Klimastörungen zurückzuführen.

Daher müssen wir dringend zu einem Rahmen übergehen, der nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der öffentlichen Ausgaben berücksichtigt. Möglichkeiten, dies im Hinblick auf die Haushaltsregeln zu erreichen, umfassen eine Vorzugsbehandlung („goldene Regeln“, um grüne und soziale Investitionen auszunehmen oder über einen längeren Zeitraum zu verteilen) und die Zulassung eines vorübergehenden Anstiegs der Verschuldung bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass sie nicht exponentiell ansteigt.

Natürlich ist die Debatte zur EU-Wirtschaftspolitik eng mit der Besteuerung verbunden, insbesondere mit der Einführung von Vermögenssteuern und der Schaffung einer gemeinsamen EU-Fiskalkapazität.

Einen ausführlichen Hintergrund zum Stabilitäts- und Wachstumspakt finden Sie in unseren vergangenen Ausgaben von [Money Matters](#).

Das umfassende Gesetzespaket gegen Geldwäsche (AML)

Am Mittwoch, den 24. April, stimmen die Mitglieder des Europäischen Parlaments über eine Reihe von Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche in der EU ab. Im Rahmen des Anti-Geldwäsche-Pakets wird eine neue EU-Behörde für die Geldwäschebekämpfung eingerichtet und der Geltungsbereich der bestehenden Vorschriften aktualisiert und erweitert, um Schlupflöcher für Geldwäsche in der EU zu schließen.

Hintergrund:

Geldwäsche in der EU ist ein Riesenproblem, Schätzungen zufolge entstehen jährlich Schäden von gut 250 Mrd. Euro – allein auf Deutschland entfallen etwa 100 Mrd. Euro. Das ist europaweit Spitze – und ziemlich peinlich für uns! Wir haben jetzt ein "einheitliches Regelwerk" der EU im Bereich der Geldwäsche (AML) und der Terrorismusfinanzierung (CTF).

Drei Pakete sind heute verabschiedet worden, die Anti-Geldwäsche-Regeln, Organisation und Kompetenzen sowie den Sitz der neuen EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und

1. Die Anti-Geldwäsche-Richtlinie (AMLD), die nun ihre sechste Aktualisierung erfährt. Hier geht es z. B. um die stärkere Registrierung von Immobilien- und Landbesitz, die genauere Registrierung und Aufschlüsselung wirtschaftlich Berechtigter von Bankkonten sowie bei Unternehmens- oder Treuhand-Besitz. Die AMLD will die Anforderungen an die nationalen FIUs (Financial Intelligence Units) und an die Aufsicht von Institutionen verschärfen, die der Anti-Geldwäsche-Gesetzgebung unterworfen sind.
2. Bei der Anti-Geldwäsche-Regulierung (AMLR) sollen Schlupflöcher der Geldwäschebekämpfung geschlossen werden, indem ihr Geltungsbereich ausgeweitet wird: So sollen von nun an Juweliere und Händler anderer Luxusgegenstände, Profi-Fußballvereine oder Investment-Plattformen besondere Sorgfaltspflichten erfüllen im Umgang mit Kunden und eine Meldepflicht für verdächtige Transaktionen erfüllen. Diese Sorgfalts- und Meldepflicht wird nach dem Willen von Kommission und Parlament auch auf den Krypto-Sektor ausgeweitet. Darüber hinaus ist es das Ziel der AMLR, sichere Häfen für schmutziges Geld zu schließen, indem Unternehmensbesitz und Teilhaberschaften wirtschaftlich Berechtigter transparenter gemacht werden müssen. Bei der Nutzung von Bargeld wird es in Zukunft auch eine klare Beschränkung geben. Einige Mitgliedsländer, darunter Deutschland, haben sich bis zuletzt vehement, aber erfolglos dagegen gewehrt.
3. In Zukunft wird die europäische Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) die zentrale Koordinierung zwischen den verschiedenen nationalen und europäischen Behörden (FIUs und Aufsichtsbehörden, wie die EBA und EIOPA, aber auch Europol) übernehmen, um die Bekämpfung von Geldwäsche effektiver zu machen. Die AMLA wird dabei aber nicht nur koordinieren, sie wird auch für die direkte Aufsicht über die 40 geldwäschegefährdetsten Einrichtungen (Banken, Versicherungen, Fonds etc.) verantwortlich sein, den Bereich der Krypto-Dienstleister überwachen und bei Versagen von nationalen Behörden deren Aufgaben übernehmen. Sie wird dafür umfassende Befugnisse erhalten und bei Bedarf auch Sanktionierungen aussprechen können. Auch im nicht-finanziellen Bereich wird die neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde die zentralen Meldestellen der Mitgliedstaaten unterstützen und koordinieren. Die AMLA wird außerdem eine zentrale Datenbank führen, die alle relevanten Informationen zur Geldwäschebekämpfung und Terrorismusfinanzierung sammelt.

Um zu ermitteln, wie groß dieser Erfolg tatsächlich ist, muss man sehen, woher wir, insbesondere in Deutschland, kommen. Jahrelang hatten wir nur Richtlinien, an denen sich die jeweils nationale Umsetzung orientieren sollte. Insbesondere Deutschland hat sich innerhalb der EU einen schlechten Ruf erarbeitet, weil es die Regeln allzu lax umgesetzt hat. Bis zur Verabschiedung der AMLA-Regeln war es in Deutschland beispielsweise kein Problem, mit einem Koffer voll Geld zum Notar zu gehen und Häuser oder Luxusyachten zu kaufen. Dadurch ist Deutschland innerhalb der EU zu einem Geldwäsche-paradies geworden. Nach Jahren unvollständiger Umsetzung der AML-Richtlinien der EU mit vielen Vertragsverletzungsverfahren und großen Skandalen sowie der schwierigen Durchsetzung von Sanktionen gegen russische Oligarchen ist es ein wichtiger Erfolg, endlich dieses AML-Einheitsregelwerk mit direkter Durchsetzung in den Mitgliedstaaten zu haben. Die Einführung der AML-Regeln der EU durch eine Verordnung anstelle einer Richtlinie war viele Jahre lang eine entscheidende Forderung der Grünen.

Inhaltliche Erfolge:

1. Eine bessere Erfassung von Luxusgütern und vermögenden Personen, beispielsweise werden

Immobilienmakler, Händler von Schmuck und Kunst unter die AML-Verpflichtungen fallen und Banken müssen verbesserte AML-Prüfungen bei den Superreichen durchführen.

2. Darüber hinaus klärt die AMLR, dass das Anwaltsgeheimnis nicht dazu verwendet werden darf, illegale Geldwäschepraktiken zu verdecken.
3. Professionelle Fußballvereine (unter Vorbehalt nachgewiesenen Risiken) und Fußballagenten werden ebenfalls zu beauftragten Einrichtungen.
4. Begrenzt die Möglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten, goldene Visa auszustellen
5. Strengere Regeln bei der Transparenz von tatsächlichem Eigentum (Firmenteilhaberschaften etc.)
6. Endlich verbindlich: Bargeldobergrenze: Keine Transaktionen mehr in bar über 10.000 Euro. Insbesondere Lindner hat sich vehement dagegen gewehrt.
7. Dazu zählt auch: Meldepflicht für Zahlungen in bar und über Kryptowährungen.

Zusätzlich haben wir Grüne/EFA einen Einspruch gegen den delegierten Rechtsakt der Kommission zur Aktualisierung der EU-Liste der Hochrisiko-Drittländer mit strategischen Mängeln in ihrem System zur Bekämpfung der Geldwäsche (viel besser bekannt als die schwarze Liste zur Bekämpfung der Geldwäsche) eingelegt. Unser eingereichter Einspruch wurde von der EVP, der S&D, Renew und einigen einzelnen Mitgliedern gemeinsam unterzeichnet und kam mit einer breiten Mehrheit im Plenum durch.

Die Aufnahme in die EU-Liste hat erhebliche Auswirkungen auf den Finanzsektor des Landes, da Verpflichtete wie Banken alle finanziellen Verbindungen zum Land sorgfältig prüfen müssen. Am 14. März aktualisierte die Kommission ihre schwarze Liste zur Bekämpfung der Geldwäsche, wie sie es oft tut, nachdem die Financial Action Task Force (FATF) ihre eigene Liste angepasst hat. Nach der Aktualisierung der FATF im Februar beschloss die Kommission, Barbados, Gibraltar, Panama, Uganda und die Vereinigten Arabischen Emirate von der EU-Liste zu streichen. Insbesondere die Streichung der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) von der Liste ist sehr heikel und wird als politische Entscheidung angesehen. Aus Medienberichten wissen wir, dass die Streichung der VAE von der Liste größtenteils eine (geo-)politisch motivierte Entscheidung ist, die größtenteils von den USA vorangetrieben wird.

Gegen diese Aktualisierung hat nun eine breite Mehrheit im EU-Parlament mit unserer Federführung gestimmt.

Bewertung:

Das heute verabschiedete Paket zur Bekämpfung von Geldwäsche ist ein enormer Schritt nach vorn im Kampf gegen Finanzkriminalität in der EU. Wir Grünen/EFA haben durchgesetzt, dass sich der Anwendungsbereich deutlich vergrößert. Fußballvereine, vermögende Privatpersonen, Händlerinnen und Händler von Luxusgütern wie Privatjets oder High-End-Immobilienmaklerinnen und -makler werden strenger überwacht.

Die neuen Vorschriften werden Bereiche abdecken, die bisher unter dem Radar der Behörden oder außerhalb des Geltungsbereichs der bisherigen Rechtsvorschriften lagen. Es wird eine Liste von Ländern mit schlechter Geldwäschebilanz, neue Einschränkungen für Bargeld und Krypto-Vermögenswerte sowie Maßnahmen gegen goldene Visa geben. Der Versuch, der Europäischen

MM #29 | Abschlussbericht der letzten Plenarwoche: EU-Reformen und Geldwäschebekämpfung
Kommission, die Vereinigten Arabischen Emirate von der Geldwäscheliste zu streichen, haben wir gestoppt.

Zu lange konnten Kriminelle, korrupte Beamte und Regierungen die Schlupflöcher in den EU-Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche für ihre Zwecke nutzen. Durch mehr Transparenz bei der Eigentumsstruktur werden Behörden, Journalistinnen und Journalisten sowie nichtstaatliche Organisationen direkten Zugang zu Informationen haben, die sie brauchen, um Geldwäsche aufdecken und untersuchen zu können.

Bedeutender Nachtragshaushalt im Mehrjährigen Finanzrahmen

Während dieser Plenarwoche wurde außerdem der Berichtigungshaushalt 2024/1 (DAB 1) verabschiedet. Er soll die notwendigen Änderungen einführen, die sich aus der Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ergeben, dem das Europäische Parlament im Februar-Plenum in Straßburg zugestimmt hat. In diesem Sinne umfasst der DAB 1 insbesondere die Erstellung der Nomenklatur und der Erläuterungen zur Ukraine-Fazilität sowie die Mobilisierung der Ukraine-Reserve. Darüber hinaus umfasst er die Stärkung des Europäischen Verteidigungsfonds als Folgemaßnahme zur Verhandlungs-STEP-Verordnung und eine Anpassung der Haushaltsnomenklatur, um die Solidaritäts- und Soforthilfereserve in zwei separate Instrumente aufzuteilen. Weiterhin schlägt der DAB 1 vor, die Nomenklatur und Bemerkungen für die sogenannte Westbalkan-Fazilität zu erstellen.

Insgesamt belaufen sich die Nettoauswirkungen des Berichtigungshaushalts auf die Ausgaben auf eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um 5.833,7 Mio. EUR und eine Erhöhung der Zahlungsermächtigungen um 4.143,6 Mio. EUR.

Wir unterstützen den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans, insbesondere ist es wichtig – und im Einklang mit der Forderung unserer Fraktion –, die Ukraine-Fazilität unverzüglich einsatzbereit zu machen. Der DAB zur Umsetzung der Ukraine-Reserve ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Während der Verhandlungen über den Bericht ist es uns gelungen, die Forderung nach Gewährleistung angemessener Mengen an humanitärer Hilfe sowohl im Zusammenhang mit der Unterstützung der Ukraine als auch im Kontext der aktuellen internationalen Entwicklungen und des wachsenden humanitären Bedarfs zu verstärken.

Wir danken Ihnen sehr für Ihre Treue beim Lesen und Hören unserer Money Matters Reihe und verabschieden uns zufrieden aus dieser Legislatur, in der viele wichtige grüne Prioritäten durchgesetzt werden konnten.

Mit besten Grüßen,
Rasmus Andresen & Team

Ihnen hat das Money Matters Briefing gefallen, dann leiten oder empfehlen Sie den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Kennen Sie schon unseren **neuen Podcast "Money Matters - zukunftsfähige Finanzpolitik"**? Jetzt auf [Spotify](#), [Apple Podcast](#), [Youtube](#) und überall wo es Podcasts gibt.

Sie haben Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreiben Sie uns hier](#)



Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melden Sie sich mit ihrer eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

[Anmeldung Money Matters Newsletter](#)

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

[Anmeldung Europa Newsletter](#)

Copyright © 2024, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)